

Für eine starke Kohäsionspolitik:

Der MFR darf die Kommunen nicht schwächen

Am 16. Juli 2025 hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgelegt. Mit einem Gesamtvolumen von knapp zwei Billionen Euro ist er der größte EU-Haushalt, den es je gab. Geplant ist, die Förderstrukturen radikal umzubauen, um künftig noch besser zur Erreichung der Europäischen Ziele beizutragen und die Effizienz der Förderung zu steigern. Doch bei genauerem Hinsehen offenbart der Entwurf Schwächen, die erhebliche Auswirkungen auf die kommunalen Gebietskörperschaften haben könnten.

Ein Beitrag von
Dr. Christoph
Schnaudigel

Das betrifft einerseits eine mögliche Zentralisierung der Fördermittelverwaltung, andererseits aber auch die inhaltliche Ausgestaltung der künftigen Förderprogramme. Als Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas habe ich deshalb in einem Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Vorschläge die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion nicht länger als zentrales Ziel hochhalten.

Zentralisierung statt Partnerschaft

Besonders kritisch ist die vorgeschlagene Struktur mit „nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen“ (NRP) zu bewerten. Um die Effizienz und Kohärenz der Förderung zu verbessern, will die Kommission alle zentralen Förderinstrumente bündeln – von der Kohäsionspolitik über die Gemeinsame Agrarpolitik bis hin zur Sozial- und Sicherheitspolitik. Im Rahmen der NRP sollen die Mitgliedstaaten die Mittel überwiegend selbst verwalten, primär auf Ebene der Zentralregierungen, was in Deutschland eine Verwaltung durch den Bund bedeuten würde. Damit würden in Deutschland die Länder, die



Foto: Europäische Union, 2025 / Dati Bendo

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte am 16. Juli die Pläne für den Mehrjährigen Finanzrahmen der Presse vor

bisher für die Mittelverwaltung zuständig waren, zu „Partnern“ reduziert, die wie die Kommunen zwar beteiligt werden müssen, aber nicht mehr entscheiden dürfen.

Die Erfahrung mit der Aufbau- und Resilienzfazilität (Corona-Wiederaufbaufonds) hat gezeigt, wohin ein solcher Ansatz führt: Kommunen und Regionen wurden systematisch von der Mitgestaltung ausgeschlossen. Vor Ort war vielfach nicht erkennbar, ob oder wofür die Mittel überhaupt eingesetzt wurden – der europäische Mehrwert war nicht zu erkennen, die Sichtbarkeit der Investitionen durch die Europäische Union deutlich eingeschränkt. Die Folge: Frust

Zum Autor:

Dr. Christoph Schnaudigel ist Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und Landrat des Landkreises Karlsruhe.

und Vertrauensverlust. Wenn Europa nicht spürbar bei den Menschen ankommt, dann schadet das seiner Akzeptanz.

Für die kommende Förderperiode fordern wir daher: Die kommunale Ebene muss künftig noch stärker als bisher einbezogen werden – und zwar unabhängig von der künftigen Förderstruktur. Das Partnerschaftsprinzip, das kommunale Mitspracherechte gewährleistet, ist kein technisches Detail, sondern die Grundlage dafür, dass die Politik der EU nah an den Menschen wirkt und die vor Ort bestehenden Herausforderungen zielgenau adressiert werden.

Kohäsion als Kitt Europas

Auch bei der Höhe der Fördermittel drohen einige Stromschnellen. Es ist sicherlich zu begrüßen, dass die befürchteten drastischen Kürzungen in der Kohäsionspolitik im Kommissionsvorschlag zum künftigen Haushalt ausgeblieben sind. Dennoch ist festzustellen, dass ihr Anteil am Gesamtbudget sinkt und die Integration neuer Ziele ohne zusätzliche Mittel an Schlagkraft verlieren könnte. Darüber hinaus ist auch davon auszugehen, dass im Rahmen der Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten verschiedene Haushaltlinien zusammengestrichen werden könnten. Die Bundesregierung hat bereits deutlich gemacht, dass eine horizontale Kürzung über alle Politikbereiche hinweg angestrebt wird.

Gerade jetzt, in einer Zeit geopolitischer Unsicherheit und gesellschaftlicher Polarisierung, braucht Europa eine starke Kohäsionspolitik. Sie ist der Kitt, der das europäische Projekt zusammenhält. Ohne gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land droht die Spaltung Europas sich zu vertiefen. Deshalb müssen Mittel in ausreichendem Umfang für die territoriale Entwicklung sowohl städtischer als auch ländlicher Gebiete reserviert werden. Auch Programme wie LEADER, die breite zivilgesellschaftliche Partizipation ermöglichen, müssen erhalten und sogar gestärkt werden. Gleches gilt auch für die Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit durch das INTERREG-Programm.

Ein europäischer Haushalt mit lokaler Wirkung

Der MFR 2028-2034 ist mehr als ein Zahlenspiel. Er ist ein politisches Signal an die Bürgerinnen und Bürger: Will Europa näher zu ihnen rücken oder entfernt es sich weiter? Ein Haushalt, der auf Zentralisierung setzt und



Etwa zwei Billionen Euro soll der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034 umfassen – ein neuer Rekord

die Kommunen an den Rand drängt, schwächt die europäische Idee. Ein Haushalt hingegen, der die Städte, Landkreise und Gemeinden als Partner ernst nimmt, stärkt das Vertrauen in Europa und seine Zukunftsfähigkeit. Rat und Parlament haben jetzt gemeinsam mit der Kommission die Chance, Kurskorrekturen vorzunehmen. In vielfältigen Gesprächen mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments wurde deutlich, dass die kommunalen Anliegen geteilt und unterstützt werden. In den kommenden Monaten wird es darum gehen, in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern auf die Bundesregierung einzuwirken, um sicherzustellen, dass diese für uns so wichtige Politik nicht deutlich geschwächt wird. Wir fordern eine kohäsionsorientierte, bürgernahe und partnerschaftliche Ausgestaltung des MFR. Denn Europa kann nur dort stark sein, wo es wirkt: in den Regionen und den Kommunen. ■

Infos

EU-Haushalt 2028-2034 erklärt:

↗ https://commission.europa.eu/topics/budget/eu-budget-2028-2034-explained_de

Nationale und regionale Partnerschaftspläne (NRP):

↗ https://commission.europa.eu/document/download/3fb8dd83-268e-4e18-b446-cf8963719eob_en?filename=MFF_National_Regional_Partnership_06.08.pdf&prefLang=de